Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Richard Graupner

Abg. Alfred Grob

Abg. Florian Siekmann

Abg. Holger Dremel

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Horst Arnold

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

(Drs. 19/1557)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit gibt es 14 Minuten Redezeit für die Staatsregierung. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. – Ich erteile Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Mit der heutigen Ersten Lesung bringen wir das aktuelle Gesetz zur Änderung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften weiter voran.

Im PAG soll eine Rechtsgrundlage für eine sogenannte verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform, kurz VeRA, geschaffen werden. Wir müssen immer wieder die polizeilichen Befugnisse an die technischen, digitalen und rechtlichen Entwicklungen anpassen, im Einklang mit verfassungsrechtlichen Vorgaben; denn wir dürfen es nicht zulassen, dass sich die kriminelle Szene der modernsten Technik bedient und wir dem seitens des Staates und der polizeilichen Ermittlungsbehörden hinterherhinken.

Deshalb ist es wichtig, dass wir moderne Recherche- und Analysetools für den immer größer werdenden Datenbestand nutzen, wie sie beispielsweise in Hessen und Nordrhein-Westfalen bereits angewandt werden. Die Recherche- und Analyseplattform VeRA sehen wir hier als entscheidenden Baustein, um auf Basis vorhandener Daten Gefährder und Banden schneller zu ermitteln, um Netzwerke zu entdecken, um mögliche Opfer zu schützen und um Straftaten möglichst bereits im Vorhinein zu verhin-

dern. Ich betone: auf Basis vorhandener Daten; denn es werden keine neuen Daten gesammelt oder kreiert, sondern es werden ausschließlich vorhandene Daten aus verschiedenen Beständen schneller und effektiver ausgewertet.

Mit dem Programm werden nur ausgewählte und besonders geschulte Beamte des Landeskriminalamts und der Kriminalpolizei arbeiten. Wohlgemerkt, dieses Programm ist bereits in den Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen und – das will ich schon präventiv anmerken – mit Zustimmung der GRÜNEN im Einsatz.

Es gab Klagen gegen die Anwendung in NRW und in Hessen. Die hierzu ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat dann mit Urteil vom 16. Februar letzten Jahres einige Vorgaben des Gerichts zutage gefördert. Das Urteil hat ausdrücklich gesagt, dass das Programm vom Grundsatz her okay ist und angewandt werden kann, aber es hat bestimmte Bedingungen formuliert. Diese Bedingungen, die das Gericht vor einem Jahr für Hessen und Nordrhein-Westfalen formuliert hat, haben wir von Anfang an in unseren Gesetzentwurf komplett eingearbeitet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben dem neuen Thema VeRA sind die Vorschriften des Polizeiaufgabengesetzes aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Dezember 2022 zum Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern näher in den Blick zu nehmen. Auch hier haben wir es nicht damit zu tun, dass jemand die Vorschriften in Bayern beanstandet hätte. Aber auch hier arbeiten wir sozusagen wieder präventiv. Das Bundesverfassungsgericht hat bestimmte Leitsätze anhand eines Gesetzes eines anderen Bundeslandes formuliert. Das übernehmen wir jetzt bei erster sich bietender Gelegenheit in die bayerische Gesetzgebung; denn wir respektieren selbstverständlich diese Rechtsprechung.

Auch in der praktischen Anwendung und der fortlaufenden gesetzgeberischen Evaluation der Vorschriften des PAG, des Polizeiorganisationsgesetzes und des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes wurden in einigen Normen Klarstellungs- oder systemati-

sche Präzisierungsbedarfe sowie Verbesserungsmöglichkeiten festgestellt. Ich will nur einige Stichpunkte nennen. Dazu gehören die Schaffung einer Rechtsgrundlage für Übermittlung von Bildmaterial von an gefährdeten Objekten angebrachten Kameras, die Präzisierung der Durchführung von Verkehrskontrollen durch die Wasserschutzpolizei, die Erweiterung der Anordnung eines Platzverweises auf Polizeieinsätze zu deren Absicherung vor Gaffern und Störenfriedern, was wir leider auch immer wieder beobachten müssen, die Erweiterung der Anordnung einer Meldeauflage bei Vorliegen einer konkreten Gefahr unabhängig von bestimmten Rechtsgütern sowie eine Klarstellung hinsichtlich der Begrifflichkeit von Aufnahme und Aufzeichnung.

Vor allen Dingen für das Thema "Kameras an gefährdeten Orten" will ich anmerken: Mit der Rechtsgrundlage für die Verpflichtung von Betreibern von Kameras an gefährdeten Orten – das können Bahnhöfe sein, das können Flughäfen sein, das können Kraftwerke sein usw. – wollen wir für die Übermittlung von Bildmaterial eine saubere Rechtsgrundlage schaffen.

Etwa bei kritischen Fußballspielen: Damit, wie man mit der Sicherheit im Stadium umgeht, beschäftigt sich heute das Bundesverfassungsgericht wegen dieser Bremer Regelung, dort Gebühren zu erheben. Um also rechtzeitig überall dafür zu sorgen, dass in Stadien Sicherheit gewährleistet wird, muss klar sein, wie mit dem Bildmaterial von Kameras umgegangen werden kann, das nicht von Polizeikameras aufgenommen wird, das aber für die polizeilichen Einsätze sehr sinnvoll und gut ist.

Es macht ja keinen Sinn, wenn zum Beispiel schon das Fußballstadion selbst eigene Kameras hat oder wenn an einer anderen Stelle die Stadt schon zur Überwachung eines bestimmten Platzes Kameras installiert hat, dass der Staat dann noch mal extra Kameras installiert. Sondern es muss unter klaren Voraussetzungen – nämlich den Voraussetzungen, die gelten würden, wenn der Staat selber Kameras installieren würde – möglich sein, dass an solchen Plätzen dann natürlich auch auf die Bilder schon vorhandener Kameras zurückgegriffen werden darf. In den entsprechenden Datenschutzgesetzen ist ja klar geregelt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen,

nämlich besonders gefährdete Orte, Orte, wo besonders häufig Kriminalität stattfindet und dergleichen.

Wir sparen uns damit den Aufwand und die Kosten für den Aufbau zusätzlicher Kameras. Deshalb soll das auch nur punktuell und bei Bedarf, je nach Gefährdungsbeurteilung, erfolgen. Wir wollen keine flächendeckende Überwachung, nirgends, aber wir wollen dort, wo es notwendig ist, bestmöglich für die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger arbeiten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Ergebnis stärken wir dadurch das Ziel des PAG, nämlich eine effektive Gefahrenabwehr sowie vor allen Dingen auch die Verhütung und Unterbindung von Straftaten. Dies ist uns – das will ich an dieser Stelle noch mal unterstreichen – besonders wichtig. Polizeiarbeit besteht nicht nur darin, immer im Nachhinein, wenn eine Straftat stattgefunden hat, Täter zu ermitteln und dingfest zu machen. Das ist natürlich auch wichtig. Noch besser ist es, wenn es uns gelingt, im Vorfeld bereits so präventiv tätig zu sein, dass wir geplante Straftaten schon in der Planungs- oder Vorbereitungsphase erkennen können, stoppen können, dass wir verhindern können, dass sie überhaupt stattfinden; denn das ist gleichzeitig der allerbeste Opferschutz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daran wollen wir weiter arbeiten. Deshalb muss die bayerische Polizei auch künftig personell, finanziell, technisch und eben auch rechtlich in der Lage sein, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und potenzielle Opfer zu schützen. Mit diesem Gesetzentwurf bewegen wir uns weiter in diese Richtung.

Der Gesetzentwurf enthält neben dem Polizei- und Sicherheitsrecht auch noch kleinere Änderungen, etwa betreffend die Zuständigkeitsverteilung im Bereich des Verkehrs sowie des Jagdrechts, auf die ich hier aber aus zeitlichen Gründen nicht näher eingehen kann.

Am vergangenen Montag hat der Haushaltsausschuss den Haushalt auch für die Polizei beraten und mit einer ordentlichen Finanzausstattung versehen – ich hoffe, dass das die Zustimmung des gesamten Hohen Hauses findet –, und heute behandeln wir die weiteren rechtlichen Grundlagen für die Polizei. Wenn wir diese beiden Wege weitergehen, dann bin ich sicher, dass wir es schaffen, Bayern auch in Zukunft zum sichersten Land in Deutschland zu machen.

Ich danke für Ihre Unterstützung dabei.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verhandeln heute Änderungen vornehmlich am Polizeiaufgabengesetz, die sich auf verschiedenen Ebenen und aufgrund verschiedener Notwendigkeiten ergeben haben. Einiges davon ist unspektakulär und sicherlich weitgehend politisch unstrittig. So gibt es etwa einige redaktionelle Bereinigungen. Begrifflichkeiten müssen geringfügig angepasst, Definitionen, wie etwa jene der Straßenverkehrsbehörde, nachgeliefert werden, Polizeiangestellte sollen zukünftig Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr unabhängig von deren Sanktionshöhe erfassen dürfen. Soweit, so trocken.

Anders sieht es bei den folgenden Änderungen aus; denn diese stehen wieder einmal im Spannungsfeld zwischen Persönlichkeitsschutz einerseits und den gesellschaftlichen Sicherheitsinteressen andererseits. Das spiegelt sich regelmäßig in den kontroversen parlamentarischen Diskussionen zu diesem Themenbereich wider, und das zeigt sich auch bei uns in der Partei in der innerparteilichen Diskussion. Auch hier gibt es Diskussionen, was nicht weiter verwundert – denn wir sind sowohl eine Bürgerrechtspartei als auch eine Partei des Rechtsstaates –, so zum Beispiel in Bezug auf

die verfahrensübergreifende Datenzusammenführung. Diesbezüglich wird ein neuer Artikel im Polizeiaufgabengesetz eingearbeitet.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

In Bayern handelt es sich ja bekanntlich um die Recherche- und Analyseplattform VeRA. Das ist aus unserer Sicht auch dringend geboten. Der Staat muss angesichts eines immer dynamischeren, komplexeren Kriminalitätsgeschehens handlungsfähig und auch schlagkräftig bleiben – eines Kriminalitätsgeschehens, welches übrigens durch den de facto nicht existierenden Grenzschutz nochmals massiv verschärft wird.

(Beifall bei der AfD)

Nicht vergessen darf dabei werden: Die Datenabfragen beziehen sich immer nur auf die Abwehr von Gefahren für Leib und Leben oder für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, also nur auf besonders schwerwiegende Tatbestände. Wir reden hier zum Beispiel von Mord und Totschlag, Kinderpornografie oder Schleuserei.

Aber selbstverständlich spielen datenschutzrechtliche Erwägungen auch hier eine gewichtige Rolle, und die verfassungsrechtlichen Vorgaben müssen erfüllt sein. Das scheint vorliegend der Fall zu sein. Auch die häufig geäußerte Befürchtung, die Software der Firma Palantir, die ja auch mit der CIA zusammenarbeitet, könnte ein Einfallstor für US-amerikanische Spionage-Aktivitäten sein, erwies sich als unbegründet. Die Auslesung der Quellcodes hat diesbezüglich keinerlei Hinweise ergeben.

Weiterer Änderungsbedarf ergibt sich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Konkret ging es um Regelungen bei der heimlichen Wohnungsbetretung zur Vorbereitung einer Onlinedurchsuchung oder einer Telefonüberwachung, also um das, was man landläufig als Abhören bezeichnet. Es ging darüber hinaus um den Schutz der Privat- und Intimsphäre, den sogenannten Kernschutzbereich der privaten Le-

bensgestaltung, beim Einsatz verdeckter Ermittler und von V-Leuten. Diese werden jetzt konkreter und verfassungsrechtlich konform gefasst.

Sodann soll es noch um die Pflicht zur Übermittlung von Bildaufnahmen und Aufzeichnungen für Betreiber von Videokameras, also zum Beispiel an Flughäfen und Bahnhöfen, gehen; und zwar in den Fällen, in denen die Polizei ohnehin berechtigt wäre, an diesen Orten selbst offen zu filmen. Das ist sowohl ökonomisch sinnvoll – das erspart eventuell Mehrfachinstallationen von Überwachungstechnik – als auch effizient und zeitsparend bei der Gefahrenabwehr.

Schlussendlich soll eine weitere Möglichkeit geschaffen werden, Anordnungen von allgemeinen Sicherheitsbehörden, also von Städten, Gemeinden, Landratsämtern, zur Gefahrenabwehr oder zur Unterbindung von Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit besser zu sanktionieren. Auch das fällt unter die Kategorie "Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Staates" und ist nicht zu beanstanden.

Wie bei Ersten Lesungen üblich, bleibt am Ende nur der Verweis auf die weiteren Behandlungen des Änderungsentwurfs im Innenausschuss, in dem weitere Detailfragen durchaus erörtert werden können.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Alfred Grob für die CSU-Fraktion.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren dieses Polizeiaufgabengesetz ja schon seit längerer Zeit. Aber eines hat sich seit längerer Zeit nicht geändert: Bayern war und ist das sicherste Bundesland. Darauf sind wir natürlich stolz. Nirgendwo leben die Menschen sicherer als bei uns hier in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn es nach uns geht, kann das ruhig weiter so bleiben. Wir haben zwar für 2023 eine leichte Steigerung der Kriminalität zu verzeichnen, aber auch einen Anstieg der Aufklärungsquote. Wir wissen, dass zwei Drittel aller Straftaten in Bayern geklärt werden. Das ist eine tolle Leistung. Wir sind stolz auf unsere Polizei, die hervorragende Arbeit leistet: 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche – also rund um die Uhr. Daher ist es an der Zeit, den Respekt dafür auszudrücken und Danke zu sagen, am besten mit einem Applaus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen diese Spitzenstellung der Polizei freilich ausbauen. Wir investieren kräftig in die Personal- und Sachausstattung – das hat unser Minister bereits gesagt. Von 2008 bis 2023 haben wir insgesamt 45.000 Stellen für die Polizei aufgebaut, und bis zum Jahr 2028 werden 2.000 weitere hinzukommen, sodass wir dann mit 47.000 Stellen im Polizeiapparat rechnen können. Das zeigt, Bayern steht zu seiner Polizei, und zwar ohne Wenn und Aber. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jedoch haben sich der technologische und der digitale Fortschritt stark entwickelt. Auch die Kriminellen werden – das hat unser Minister bereits ausgeführt – diesen Fortschritt nutzen. Wir erleben seit geraumer Zeit – das zeigt auch die Kriminalstatistik 2023 – eine Globalisierung und Digitalisierung der Kriminalität. Deshalb brauchen wir – das ist mir wirklich wichtig – Globalisierung und Digitalisierung in der Bekämpfung der Kriminalität. Deswegen sind wir heute hier. Der Gesetzgeber – also wir – muss regelmäßig die Instrumente schaffen, die es der Polizei ermöglichen, den digitalen Herausforderungen nach dem Stand der jeweiligen Technik gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden das mit den Änderungen im Polizeiaufgabengesetz tun. Wir setzen vor allen Dingen den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Februar vergan-

genen Jahres um, der die Parallelvorschrift zur Recherche- und Analysedatei der Länder Hamburg und Hessen für verfassungswidrig erklärt und eine Überarbeitung angeordnet hat. Wir nehmen Bezug darauf und setzen das in unserem neuen Artikel 61a des Polizeiaufgabengesetzes um und berücksichtigen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts voll und ganz. Wir können dann eine datenbankübergreifende Recherche und Analyse garantieren, die ausschließlich – das ist wichtig – auf die eigenen polizeilichen Daten zurückgreift, es werden keine neuen und fremden Daten hinzugezogen. Dieser neue Artikel ist – davon bin ich fest überzeugt – eine fein abgestufte Rechtsanwendung, die ganz besonders auf die Verhältnismäßigkeit dieser variablen Rechtseingriffe abstellt – so, wie es das Bundesverfassungsgericht fordert.

Wir schaffen eine Rechtsgrundlage zur Nutzung des sogenannten verfahrensübergreifenden Recherche- und Analysesystems – kurz VeRA –, das mittlerweile auch über die Medien bekannt geworden ist. VeRA ist eine Spezialistenanwendung für Daten der Polizei und gewährleistet die schnelle Verarbeitung der Daten, die sonst von Hunderten von Beamten hätten recherchiert und abgeglichen werden müssen. Das geht in Zukunft vermutlich mit einem Mausklick, sodass wir besser und effizienter werden. Wir werden fehlerfrei und effizient, um gegen Kriminelle und Schwerekriminelle, die Organisierte Kriminalität, internationale Banden, Terrorismus und Extremismus vorgehen zu können. Die Voraussetzungen wurden bereits intensiv erläutert.

Ich gehe noch einmal kurz darauf ein: Zunächst einmal geht es um die wichtigsten Rechtsgüter, die zu schützen sind, wie Leib, Leben und Freiheit einer Person – das ist unabdingbar, das weiß jeder –, der Bestand der Sicherheit des Bundes oder eines Landes und die Anlagen der kritischen Infrastruktur, die in den letzten Jahren immer stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. In Absatz 2 geht es um einen abschließenden Deliktskatalog nach § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung, wonach bestimmte schwere Straftaten durch diese Analysedatei verhindert und unterbunden werden können. Es geht – das hat der Minister bereits gesagt – um die präventive Anwendung und nicht um eine repressive Anwendung der Strafprozessordnung.

Wichtig ist mir auch die Abwehr von Gefahren – es reicht auch eine drohende Gefahr aus, es muss nicht eine konkrete Gefahr sein – für die Gesundheit einer Person, für die sexuelle Selbstbestimmung, wenn es um schwere Sexualstraftaten geht, und die Abwehr von Gefahren für die Eigentums- und Vermögenswerte durch Delikte, die gewerbs- oder bandenmäßig begangen werden. Mir war das bereits im Entstehungsprozess des Gesetzentwurfs so wichtig, weil damit genau die Delikte gemeint sind, die ständig durch internationale Banden und OK begangen werden: Es geht um Kfz-Ver-schiebung, Wohnungseinbruchsbanden, die auch grenzüberschreitend tätig sind, Geldautomatensprenger und Call-Center-Betrügereien. Diese Daten können mit dieser Datei ebenfalls abgefragt und analysiert werden, und das ist auf diesen Passus zurückzuführen; der ist wichtig, und darauf bin ich stolz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Gesetzentwurf hat einen klaren und abgegrenzten Katalog; die Voraussetzungen sind geschaffen. Er dient der Rechtssicherheit und Klarheit, und darüber bin ich froh. Ich weiß nämlich, wie schwierig die Rechtsanwendung in diesen Bereichen teilweise sein kann.

Meine Damen und Herren, bei VeRA handelt es sich – das möchte ich ausdrücklich betonen – nicht um eine Anwendung der Künstlichen Intelligenz. Nein, es entscheidet immer der Profi, der Mensch, der Analyst und nicht die Maschine. Es ist ein Analyse-tool, das einem Team von Spezialisten der Polizei zur Verfügung gestellt wird. Zu Beginn sind es genau 140 Spezialistinnen und Spezialisten, die schnell und effizient auf die Daten zugreifen können, um weitere polizeiliche Maßnahmen in die Wege leiten zu können. In einem zweiten Schritt soll im Endausbau dieser Anwendung maximal 750 oder 760 Spezialisten zur Verfügung gestellt werden. Noch einmal: Über Art und Umfang der Analyse entscheidet immer der Mensch und nicht die Maschine.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass auch eine Verbändeanhörung stattgefunden hat, in der sowohl die Gewerkschaft der Polizei als auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter ausdrücklich zugestimmt haben.

Meine Damen, meine Herren, ich weiß aber auch, dass hinsichtlich der Einführung von VeRA erhebliche Bedenken geäußert und Vorbehalte in den Raum gestellt worden sind. Diese nehmen wir freilich sehr ernst. Wir haben die Möglichkeit, diese in der Sachverständigenanhörung intensiv zu diskutieren und dann weitere rechtliche Schritte zu gehen.

Wir geben in diesem Themenfeld Gas, weil uns das wirklich wichtig ist. Bayern soll bei der Weiterentwicklung des Polizei- und Sicherheitsrechts der Länder eine Vorreiterrolle spielen. Wir wollen die erarbeitete Datei VeRA anderen Bundesländern, sofern diese das wünschen, zur Verfügung stellen; denn die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität, Terrorismus oder – was wir gestern lange im Innenausschuss behandelt haben – internationalen Kinderpornografiekartellen kennt keine Grenzen. Des Weiteren wollen wir keine Verzögerungen in Kauf nehmen: Wer glaubt, auf ein Bundes-VeRA warten zu können, welches dann das macht, was wir schon vorbereitet und in der Tasche haben, kann lange warten, braucht eine stabile Gesundheit und große Geduld. Wir haben technisch und rechtlich ein tolles Instrument geschaffen, auf das wir in Zukunft zugreifen sollten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Gesetzentwurf beinhaltet weitere 15 –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Alfred Grob (CSU): – Änderungen, auf die ich jetzt nicht mehr eingehen werde. Ich freue mich auf die Diskussion im Innenausschuss und auf die Sachverständigenanhörung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grob. – Der nächste Redner ist der Kollege Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf liegt endlich vor, er kam aber aus unserer Sicht deutlich zu spät. Herr Kollege Grob, Sie haben ausgeführt, wir wollen uns keine Verzögerungen leisten. – Tatsächlich blicken wir aber auf zwei Jahre der Verschleppung zurück – in Bezug auf die Gesetzgebung zumindest –, seit im Frühjahr 2022 der Vertrag mit Palantir abgeschlossen worden ist. Wir schreiben jetzt das Frühjahr 2024, und der Gesetzentwurf kommt erst jetzt ins Verfahren. Allein bis Ende des letzten Jahres sind bereits 13,4 Millionen Euro in das Projekt investiert worden. Bis der Gesetzentwurf durch den Landtag beschlossen sein wird, werden es weitere Millionen sein. Aber es geht natürlich auch um zwei Jahre der Verzögerung für den Schutz der Grundrechte und für die Anwendung des Programms. Letztlich ist es das Primat des Parlaments, also von uns Abgeordneten, darüber zu entscheiden, in welcher Art und in welchem Umfang solche Mittel angewendet werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2023 ein wegweisendes Urteil gefällt und damit klargestellt, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, ein Grundrecht, ein Abwehrrecht der Bevölkerung gegenüber dem Staat, gerade auch im hochsensiblen Bereich der Datenverarbeitung und der Datenverknüpfung durch die Polizei besteht.

Richtig ist: Es geht hier nicht um die Schaffung neuer Daten oder um das Sammeln neuer Daten, sondern um die Verarbeitung bestehender Daten. Aber auch die Verarbeitung bestehender Daten zu neuen Zwecken ist ein eigener Grundrechtseingriff. Deswegen ist es grundsätzlich zu begrüßen und gut, dass insbesondere biometrische Daten, Daten, die aus Wohnraumüberwachung gewonnen werden, sehr speziell und nur unter besonderen Bedingungen verarbeitet werden dürfen.

Nach diesem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, nach diesem Urteil, hätte unserer Auffassung nach umgehend ein Gesetzentwurf folgen sollen. Stattdessen – das haben wir im Innenausschuss intensiv diskutiert – wurde der Test mit Echtdateien gestartet. Wir haben Transparenz eingefordert. Bis heute fehlt allerdings noch der vom gesamten Landtag durch Beschluss eingeforderte Bericht des Innenministeriums hierzu. Ich erwarte, dass dieser Bericht bis zu den Beratungen im Ausschuss vorliegt; denn für uns ist klar: erst das Gesetz, dann die Arbeit mit Echtdateien.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Es ist aber aus unserer Sicht auch eine vertane Chance auf digitale Souveränität. Europol ist aus dem Vertrag mit Palantir ausgestiegen. Der Bund hat ein entsprechendes Vorhaben verworfen. Wir in Bayern aber heuern für hoheitliche Datenverarbeitung ein außereuropäisches Unternehmen an. Ich weiß nicht, wie oft ich den Begriff der digitalen Souveränität in der letzten Legislaturperiode hier gehört habe. Gerade wenn es um die Verarbeitung hoheitlicher Daten geht, wäre das die Chance gewesen, ein eigenes System zu implementieren und die Fähigkeit zur digitalen Souveränität auch unter Beweis zu stellen. Mir erscheint es leider so, als ob gerade in der CSU die immer wieder erhobene Forderung nach einer solchen digitalen Souveränität in diesem sensiblen Bereich am Ende doch nur eine Sonntagsrede ist.

Es steht außer Frage: Wir wollen und brauchen effektive Instrumente für Ermittlungsverfahren auf der Höhe der Zeit, die in der Lage sind, mit den immer größer werdenden Datenmengen, mit denen auch die Polizei zu kämpfen hat, umzugehen, vor allem dann, wenn Leib und Leben, Freiheit, Gesundheit oder sexuelle Selbstbestimmung in Gefahr sind. Aber wir müssen auch Eingriffe in Grundrechte auf das Nötigste beschränken. Wir sollten auch die eigene digitale Souveränität voranbringen.

Ich freue mich auf eine intensive Anhörung im Innenausschuss. Wir werden die einzelnen Paragraphen diskutieren, nicht nur die zur Einführung von VeRA, sondern auch die zur Frage des Umfangs von Videoüberwachung. Auch da stellen sich uns noch Fra-

gen. Klar ist nämlich: Wir sollten nicht nur sensibel mit Daten umgehen, die so gewonnen werden, sondern wir sollten auch die Erhebung von Daten auf das Notwendige beschränken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Holger Dremel, CSU-Fraktion, vor. Bitte sehr, Herr Kollege.

Holger Dremel (CSU): Herr Kollege Siekmann, Sie sprechen davon, dass bereits ein Test gestartet wurde. Das ist absolut falsch und nicht richtig. Es wurden Daten überspielt. Das ist ein rein technischer Vorgang. Es wurde weder eine Analyse noch eine Recherche gefahren. Das wissen Sie. Deswegen ist das, was Sie hier anheimstellen, dass hier nämlich bereits gearbeitet wurde, ohne dass es ein Gesetz gibt, absolut falsch und nicht richtig. In der Sachverständigenanhörung können wir uns gerne nochmal darüber austauschen. Es werden alle Rechte gewahrt. Ich meine auch: Wir haben ein Gesetzgebungsverfahren in der Breite mit einer großen Diskussion, auch in der Sachverständigenanhörung, wodurch eine Klärung möglich ist; keine Analyse, kein Abgleich. Deswegen brauchten wir bisher auch keinen Gesetzentwurf. Das war lediglich ein technischer Vorgang. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Siekmann, bitte.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Dremel, Sie wissen genauso gut wie ich, dass der Landesdatenschutzbeauftragte gegen den Testbetrieb erhebliche Bedenken angemeldet hat. Das ist auch öffentlich bekannt. Es wundert mich doch; denn die Bedenken haben dazu geführt, dass Ihr Koalitionspartner, die FREIEN WÄHLER, sich dazu veranlasst gesehen hat, einen Antrag im Landtag einzubringen, in dem die Staatsregierung aufgefordert wurde zu prüfen, ob denn pseudo-anonymisierte Daten für diesen Test nicht ausreichen würden. Auch diesem Antrag haben wir im Innenausschuss stattgegeben. Wie gesagt: Ich warte immer noch auf den Bericht zum Testbetrieb.

Dann können wir gerne darüber diskutieren. Dass der zur Ersten Lesung noch nicht vorliegt, ist aus meiner Sicht inakzeptabel. Ich hoffe, dass er vom Innenministerium zu den Ausschussberatungen nachgeliefert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann.
– Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister Herrmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in Erster Lesung das Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften. Meine Vorredner haben schon einiges zum Inhalt dieses Gesetzentwurfs berichtet. Gerne werde auch ich zum Gesetzentwurf Stellung beziehen.

Wir, die Koalitionspartner aus FREIEN WÄHLERN und CSU, befassen uns schon seit geraumer Zeit mit dem Gesetzentwurf. Der war schon in der letzten Legislaturperiode Thema. Es war gut und richtig, VeRA, die verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform, nicht ohne entsprechende Rechtsgrundlage einzuführen. Diese Rechtsgrundlage soll jetzt mit Artikel 61a des Polizeiaufgabengesetzes geschaffen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 16.02.2023 die Anforderungen an eine verfassungsgemäße Rechtsgrundlage einer automatisierten Anwendung zur Datenanalyse oder -auswertung präzisiert. An dieser Entscheidung haben wir uns orientiert. Kollege Siekmann, es war richtig, diese Entscheidung abzuwarten und diese Entscheidung in den Gesetzentwurf einzuarbeiten. Ich kann Ihnen versichern: Seitdem hat es keinerlei Verzögerungen gegeben.

(Florian Siekmann (GRÜNE): Über zwölf Monate!)

Wir haben intensiv an diesem Gesetzentwurf gearbeitet. Ein Gesetzgebungsverfahren dauert eben so lange, wie es dauert.

Es muss klar herausgestellt werden: VeRA nutzt keine Künstliche Intelligenz. VeRA unterstützt die Polizei im Einzelfall bei der zielgerichteten Recherche nur im eigenen Datenbestand. Es werden durch VeRA keine fremden Datenbanken analysiert. VeRA stellt dennoch eine große Unterstützung für die polizeilichen Sachbearbeiter dar. Die Polizei hat einen großen Datenbestand. Polizeiliche Einsätze werden dokumentiert, Kriminalakten werden verwaltet. In der polizeilichen Vorgangsverwaltung wird der Schriftverkehr dokumentiert. Natürlich findet E-Mail-Verkehr statt. Verkehrsverstöße werden digital verarbeitet. Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Ich wollte nur veranschaulichen, welche Datentöpfe es gibt. Die Daten finden sich in den verschiedensten Anwendungen. VeRA holt sich diese Daten und ermöglicht es dem berechtigten Sacharbeiter, all diese Daten automatisiert nach bestimmten Suchbegriffen zu durchsuchen. Dieser Testlauf, den Sie angesprochen haben, testet nur, ob diese Datenübermittlung nach VeRA auch tatsächlich funktioniert.

Wozu braucht die Polizei diese Software und damit auch die Rechtsgrundlage? – Hierdurch sollen gemeinsame Strukturen, Handlungsmuster, Personengruppen oder andere Zusammenhänge erkannt werden. Die Erkenntnisse sollen die Sicherheitsbehörden befähigen, ihrer Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung gerecht zu werden. Insbesondere zum Erkennen krimineller Netzwerke und von Banden sowie extremistischer Bestrebungen müssen die Ergebnisse schnell und mit geringem Aufwand vorliegen. Das Vorliegen von schnellen Ergebnissen kann Leben retten. Die bayerische Polizei macht eine hervorragende Arbeit, VeRA macht deren Arbeit noch besser. Ich bin überzeugt, dass die gesetzliche Grundlage in Artikel 61a des Polizeiaufgabengesetzes den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht und wir hierdurch der Polizei eine wichtige Möglichkeit zur gefahrenabwehrenden Tätigkeit und zum Schutz der Bevölkerung einräumen.

Ich begrüße ausdrücklich, dass wir, die Regierungsfaktionen, eine Expertenanhörung zu diesem Gesetzentwurf beantragt haben, die auch beschlossen wurde. Mal schau-

en, ob sich dabei ein Handlungsbedarf in Form von Verbesserungsvorschlägen ergibt. Sinnvollen Vorschlägen werden wir uns nicht verschließen.

Neben der Einführung einer Rechtsgrundlage für VeRA gibt es weiteren Änderungsbedarf im Polizeiaufgabengesetz. So soll die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern vorbeugend auch in unser Polizeiaufgabengesetz übertragen werden. Es geht hierbei um verdeckte Maßnahmen im Kernbereichsschutz beim Einsatz von verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen. Leider reicht meine Redezeit heute nicht aus, um hierauf konkret einzugehen. Das werden wir sicherlich im Innenausschuss debattieren. Dennoch will ich kurz weitere Punkte im Änderungsgesetz aufzählen: Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Ermittlung von Bildmaterial, an gefährdeten Orten angebrachte Kameras, Präzisierung der Durchführung von Verkehrskontrollen durch die Wasserschutzpolizei, Erweiterung von Anordnungen eines Platzverweises auf Polizeieinsätze, Erweiterung der Anordnung einer Meldeaufgabe beim Vorliegen einer konkreten Gefahr unabhängig von bestimmten Rechtsgütern, Klarstellung zu den Begrifflichkeiten Aufnahme und Aufzeichnungen im Polizeiorganisationsgesetz, Schaffung einer Befugnis für Polizeiangestellte zur Überwachung des ruhenden Verkehrs, auch im Polizeiorganisationsgesetz die Normierung von Unterstützungspflichten der Betreiber öffentlicher Verkehrsmittel und Verkehrsflughäfen gegenüber der Polizei, Einführung eines Bußgeldtatbestandes bei Verstößen gegen sicherheitsrechtliche Anordnungen im Landesstraf- und Verordnungsgesetz und zu guter Letzt die Umsetzung der Straßenverkehr-Transportbegleitungsverordnung im Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen. Wir werden alle diese Regelungen in der Expertenanhörung thematisieren und im Innenausschuss intensiv diskutieren. Darauf freue ich mich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege, Sie bekommen eine einminütige Redezeitverlängerung durch die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Benjamin Adjei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Hauber, noch einmal zum Testbetrieb, auf den Sie kurz eingegangen sind und zu dem der Kollege angedeutet hat, dass er möglich wäre, weil keine Analyse der Daten stattfindet, sondern nur das reine Übertragen der Daten in eine andere Datenstruktur stattgefunden hat. Die Übertragung, vor allem auch die Zusammenführung der verschiedenen Daten, ist eine Zweckänderung. Der ursprüngliche Zweck der jeweiligen einzelnen Datentöpfe war die jeweilige ursprüngliche Datenerhebung. Nun hat das LKA die Daten zusammengeführt und in andere Datentöpfe übertragen, um zu testen, ob das bei VeRA grundsätzlich funktionsfähig wäre. Für VeRA selbst liegt aber keine rechtliche Grundlage vor. Mit welcher Rechtsgrundlage ist diese Datenübertragung denn konform, falls eine Zweckänderung stattgefunden hat – die hat in der Tat stattgefunden – und wenn für den neuen Zweck im Vorfeld keine Rechtsgrundlage zur Verfügung gestanden hat, weil die bestehende Rechtsgrundlage –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): – mit dieser Änderung nichtig ist?

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Adjei, genau das ist der strittige Punkt. Sie sagen, es hat eine Zweckänderung stattgefunden. Die Juristen im Innenministerium bestreiten eine Zweckänderung. Ich gehe auch davon aus, dass keine Zweckänderung stattgefunden hat, sondern dass es rechtlich möglich ist, die polizeilichen Daten daraufhin zu testen, ob sie in das andere Programm überführt werden können. Wie gesagt, es findet keine Analyse mit diesen Daten statt. Das Polizeiaufgabengesetz und die vorhandenen rechtlichen Vorgaben sind nach meinem Dafürhalten hierfür ausreichend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hauber. – Nächster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist eigentlich eine Prellmarke, die von verfassungsrechtlichen und innenpolitischen Abreibungen zeugt, garniert mit Fehleinschätzungen und selbstgefälliger Euphorie.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Seit 2022 sind mit Vertragsschluss der Firma Palantir bereits 13,4 Millionen Euro aus der bayerischen Steuerkasse geflossen, ohne effektive Gegenleistung. Die Palantir-Software selbst, vom dubiosen US-Konzern, ist umstritten. Die ursprüngliche Federführung Bayerns wurde spätestens auf der Innenministerkonferenz im Juni 2023 obsolet, da bis auf Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen alle anderen 13 Bundesländer den Einsatz dieser Software abgelehnt haben, unter anderem auch mit dem Argument, die europäische Datenschutzsouveränität zu wahren. Auch Europol hat den Einsatz dieser Software, die dort funktioniert hat, eingestellt mit der Begründung, sie sei weder den Anforderungen von Europol noch denen der Kooperationspartner in der EU gerecht geworden. Die politische und rechtliche Diskussion wurde am 16. Februar 2023 durch das Bundesverfassungsgericht allgemein in der Erkenntnis geeint, dass zur Implementierung dieser Software tatsächlich rechtliche Grundlagen geschaffen werden müssen.

Dieser Landtag hechelt seit Bekanntwerden der Anschaffung von Palantir-Software – und damit aus unserer Sicht seit 2022 – dieser klaren Lage hinterher. Zwischenzeitlich wurde mit rechtlich fragwürdigen Begründungen ein Probetrieb installiert, der mittlerweile in Bezug auf Echtdaten eingestellt worden ist. Metaphorisch gesprochen: Bei diesem Projekt handelt es sich um ein sündhaft teures Spezialfahrzeug, das ohne Betriebserlaubnis und ohne Straßenverkehrszulassung in der bayerischen Garage steht mit jährlichen Kosten von zusätzlich mindestens 5 Millionen Euro. Auch deswegen müssen Sie Gas geben, um die Steuerverschwendung in diesem Zusammenhang nicht weiter zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Zum Gesetzgebungsverfahren selbst: In einem gründlichen Verfahren gilt es, normativ Erlaubtes, technisch Machbares, sicherheitsrechtlich Erlaubtes und mit der Transparenz der Funktionsimplementierung behutsam zu synchronisieren. Bei der von Ihnen mittlerweile eingeschlagenen Vorgehensweise haben wir da Zweifel. Heute ist die Erste Lesung, und erst am 16.05.2024 findet eine Expertenanhörung statt. Wenn ich mir aber von den Vorrednern anhöre, was schon alles fest und fix ist, dann stelle ich fest: Wir brauchen wir diese Anhörung eigentlich gar nicht, weil es sich hier um den besten Gesetzentwurf der Staatsregierung aller Zeiten handelt.

(Michael Hofmann (CSU): Bravo!)

Für uns derzeit rechtlich problematisch sind: die drohende Gefahr als Begriff immer noch im Gesetz, der Rang der zu schützenden Rechtsgüter, die Einschränkung der Art der zu verarbeitenden Daten – immerhin sind auch Drittdaten von Unbeteiligten mit zu verarbeiten –, das Fehlen von Beschränkungen für die Verarbeitung großer Datenmengen überhaupt und schließlich das Fehlen gesetzlicher Schutzvorkehrungen zur Diskriminierung, ein Grund, den das Bundesverfassungsgericht herausgestellt hat.

Meine Kolleginnen und Kollegen, "Polizei 2020" als bundeseinheitlich beschlossenes Programm ist davon ausgegangen, eine bundeseinheitlich anzuwendende Software anzuschaffen. Das ist bereits seit über einem Jahr obsolet. Deswegen handelt es sich hier wieder einmal um eine bayerische Sondersituation, die nicht unbedingt zwingend das Wohl und die Sicherheit der gesamten Bundesrepublik Deutschland fördert. Wir stellen uns der Diskussion natürlich konstruktiv, aber auch diese Dinge müssen gesagt werden, bevor Geschichtsklitterungen um sich greifen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Alfred Grob von der CSU-Fraktion vor.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Arnold, wir haben uns im Innenausschuss schon sehr intensiv miteinander zum PAG und auch zur drohenden Gefahr auseinandergesetzt. Darauf will ich aber gar nicht hinaus. Für mich geht es vielmehr um die Gretchenfrage, um das Grundsätzliche: Wollen Sie die präventive polizeiliche Bekämpfung von Schwermriminalität, von Kinderpornografie – die wir in letzter Zeit so intensiv diskutiert haben –, von Organisierter Kriminalität, von Terrorismus und von Extremismus durch Analysesoftware? – Das ist die grundsätzliche Frage, und da brauchen wir erst ein Ja, dann können wir im Kleinen weitermachen. Diese Aussage habe ich bisher von Ihnen vermisst.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist eigentlich unverschämt!)

Horst Arnold (SPD): Es bestürzt mich, dass Sie diese Frage überhaupt stellen; denn wir kennen uns schon länger, und Sie kennen meine Einstellung. Sie wissen auch, dass Nancy Faeser als Bundesinnenministerin sozialdemokratische Positionen ordentlich vertritt. Ich will nur sagen: 13 Bundesländer, bei denen auch die Christlich Demokratische Union regierungsverantwortlich ist, haben diese Software aus den entsprechenden Gründen abgelehnt. Wenn Sie aber glauben, dass dies die einzige Möglichkeit ist, diese Kriminalität, die wirklich bekämpfungswürdig ist, zu bekämpfen, dann müssen wir uns dennoch darüber unterhalten, mit welcher Methode. Da ist es doch klar, dass Ihnen das Bundesverfassungsgericht ständig die Grenzen aufzeigt; denn Sie haben schon vor zwei Jahren behauptet, dass es zur Implementierung dieser Software überhaupt keiner Rechtsgrundlagen bedürfe. Wollen Sie einen Rechtsstaat, oder wollen Sie einen Polizeistaat? Das ist die Gegenfrage.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Joachim Herrmann für die Staatsregierung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht auf alles, was Herr Kollege Arnold hier ausgebreitet hat und was in einigen Punkten leider etwas neben der Sache liegt, näher eingehen. Lieber Herr Arnold, zu dem Kernpunkt möchte ich feststellen: Sie widersprechen sich leider selbst. Nachdem klar war, dass gegen die Praxis in Hessen und Nordrhein-Westfalen eine Verfassungsbeschwerde vorliegt, wo bekanntermaßen nicht die CSU regiert, haben wir uns entschieden, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten. Übrigens waren die GRÜNEN in beiden Ländern an der Schaffung der dortigen Rechtsgrundlagen beteiligt.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Weil wir abgewartet haben, ist es zu der Situation, die Sie unterstellt haben, in Bayern nicht gekommen. Gleichzeitig stellen Sie sich hierher und sagen: Wir warten seit zwei Jahren darauf, dass ein Gesetz kommt. Außerdem beklagen Sie sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Genau deswegen habe ich entschieden, dass Bayern abwartet, bis das Urteil aus Karlsruhe zu Hessen und Nordrhein-Westfalen vorliegt; auf der Grundlage dieses Urteils werden wir die Rechtsgrundlage in Bayern schaffen. Das war genau unsere Entscheidung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen möchte ich sagen: Ich bin dafür, dass wir uns in digitalen Fragen möglichst autark machen. In Deutschland und Europa gibt es namhafte Firmen, die daran arbeiten. Wir müssen in Europa in digitalen Fragen autark werden. Eines möchte ich hier aber feststellen, und das bezieht sich nicht auf Sie, sondern auf andere hier im Hohen Haus: Ich arbeite im Zweifel lieber mit Washington als mit Peking und Moskau zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das müssen Sie denen da drüben sagen!)

– Das ist schon klar, an wen diese Bemerkung adressiert war. Herr Kollege Arnold, das hatte nichts mit Ihnen zu tun.

Sie haben Frau Ministerin Faeser genannt. Ich könnte diese Argumentation nachvollziehen, wenn Frau Faeser etwas Besseres hätte. Wir haben für das LKA in Bayern eine Ausschreibung durchgeführt, an der sich mehrere Firmen beteiligt haben. Ich bin kein Fachmann in den letzten Details, aber nach einer sorgfältigen Abwägung sind die Fachleute zu dem Ergebnis gekommen, dass das Produkt der Firma Palantir das beste sei. Das wurde vorher in Hessen und Nordrhein-Westfalen auch schon festgestellt.

Wir haben das Produkt dann sorgfältig geprüft. Alle Datenschutzbestimmungen mussten eingehalten werden. Dann wurde entschieden, dass die Firma Palantir diese Software liefern soll. Sie ist kein Dienstleister, der am weiteren Verfahren in irgendeiner Weise beteiligt ist. Kein Mitarbeiter der Firma Palantir kommt in den Besitz von Daten. Es werden auch keine Daten an die Firma Palantir überspielt. Diese Daten bleiben im LKA, und Palantir liefert die Software.

Frau Bundesministerin Faeser hat gesagt: Dieses Produkt will ich nicht; igitt, igitt. Sie hat aber dazu keine Alternative. Bis heute gibt es zu diesem Produkt beim Bundeskriminalamt keine Alternative.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine politische Abwägung. Man kann natürlich sagen: Das mit den Amerikanern gefällt mir nicht so. Ich kann das nachvollziehen. Wenn aber die Alternative dazu lautet, nichts tun zu können, ist das nicht hinnehmbar.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch keine Argumentation!)

– Das ist schon eine Argumentation. Ich würde mich freuen, wenn wir das alles in fünf Jahren mit einer europäischen Software machen könnten. Angesichts der derzeitigen weltweiten Sicherheitslage und der Bedrohungen für unser Land habe ich nicht vor, fünf Jahre zu warten, bis das passende Produkt geliefert wird, sondern ich arbeite dann mit dem, was heute da ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Innenminister, Sie sind offensichtlich eines der drei Fragezeichen der Innenministerkonferenz. Von 16 Innenministern sind nur 3 für das Produkt der Firma Palantir. Sie sagen, Nancy Faeser würde dieses Produkt auch nicht wollen. Was ist denn mit Ihren anderen 13 Innenministerkollegen? Warum haben die dieses Produkt abgelehnt? Sie wurden dazu mit Sicherheit nicht von Nancy Faeser oder der Bundesregierung genötigt. Ich glaube, Sie sind da etwas zu kurz gesprungen.

Ich war bei der Vorstellung des Produkts der Firma Palantir im Ausschuss selbst zugegen. Sie haben dabei die stringente und entschlossene Absicht vertreten, dass die Implementierung dieser Software keiner Änderung der Rechtsgrundlage bedürfte. Das ist der Punkt. Seit 2022 hecheln wir mit dem Vorhaben, entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen, hinterher. Wir haben von Anfang an gefordert, dass diese Sache rechtlich sauber laufen muss. Sie mussten sich diesbezüglich vom Bundesverfassungsgericht eines Besseren belehren lassen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich habe eines klar gesagt, und das habe ich gerade wiederholt: Weil eine Klage anhängig ist, warten wir das Urteil dazu ab. Jetzt liegt der Gesetzentwurf vor. Bisher gab es einen Probebetrieb. In der Tat, wäre die Sache anders verlaufen, hätten wir vielleicht schon ein Jahr früher anfangen können. Jetzt ist es aber so. Wir können jedenfalls dafür garantieren, dass alles, was in Bayern geschieht, verfassungsrechtlich exakt und richtig ist. Wir

übersetzen genau das, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil ausgesagt hat. Auf dieser Grundlage werden wir in Bayern arbeiten und hoffen, damit noch bessere Ergebnisse für die Sicherheit der Menschen in Bayern zu erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion soeben für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/1914, "Bürgerrat zur Corona-Aufarbeitung", namentliche Abstimmung beantragt hat. Sie können sich bereits darauf einstellen.